



Sehr geehrte Damen und Herren,

es sind nur noch wenige Tage bis zur Bundestagswahl. Dabei geht es um eine Richtungsentscheidung: Es geht darum, ob wir auf Umverteilung setzen oder auf Wachstum und Beschäftigung, den Menschen etwas zutrauen und unser Land mit einem bürgerlichen Bündnis von CDU/CSU und FDP aus der Krise führen.

Unser Land braucht stabile Verhältnisse! Dafür stehen CDU und CSU.

Damit in Deutschland auch in Zukunft diese stabilen Verhältnisse herrschen und wir gestärkt aus der Krise hervorgehen können, ist es erforderlich, für seine Überzeugungen einzutreten und zu werben. Dafür bitte ich um Ihre Mithilfe.

Für weitere vier Jahre einer großen Koalition reichen die Gemeinsamkeiten zwischen CDU/CSU und SPD nicht mehr aus. Es besteht dann jederzeit die Gefahr, dass die SPD aussteigt und mit den Grünen ein Bündnis schließt, dass sich von der Linkspartei tolerieren lässt. Das ist keine gute Perspektive für unser Land.

Wir werden diese Woche insbesondere noch nutzen, die vielen unentschlossenen Wählerinnen und Wähler zu überzeugen und unsere Wähler zu mobilisieren.

Ich setze auf Ihre Unterstützung.

Ihr Reinhold Hilbers

In der Zeit vom 23. bis zum 25. September kommt der Niedersächsische Landtag zur Plenarsitzung zusammen. Mit dem nächsten Newsletter werde ich Sie aktuell über die Beschlüsse im Landtag informieren.

Bürokratieabbau als Erfolgsgeschichte

Jüngst brachten die Fraktionen von CDU und FDP einen Gesetzesentwurf zur Umsetzung des Modellkommunen-Gesetzes in den Niedersächsischen Landtag ein.

Zu viel Bürokratie mit undurchschaubaren Gesetzen, Verordnungen, Erlassen und Verwaltungsvorschriften behindert Menschen vor Ort. Mit dem jetzt eingebrachten Gesetz erhalten nun alle Kommunen in Niedersachsen die Handlungsspielräume, die sich brauchen. Das erhöht zudem die Transparenz für die Bürger. Nun kann auch die Grafschaft Bentheim – wie vor der Landtagswahl versprochen – von diesen Erleichterungen profitieren. Zahlreiche aufwendige Verwaltungsverfahren können jetzt abgekürzt oder auch flexibler gelöst werden.

Die bisherigen Modell-Regelungen sind seit dem 1. Januar 2006 in Landkreisen Cuxhaven, Emsland und Osnabrück sowie in den Städten Lüneburg und Oldenburg erprobt worden. Die Evaluation durch die Fachhochschule Osnabrück und die Leuphana-Universität Lüneburg hat ergeben, dass die modellhaft erprobten Regelungen sich in bestimmten Bereichen, insbesondere im Bereich des Verwaltungsverfahrensrechts, bewährt haben. Nun wird das Gesetz ausgedehnt und entfaltet auch seine positive Wirkung auf die Grafschaft.

Bürokratieabbau als Entbürokratisierung kann nur gelingen, wenn man Abschied nimmt von zwar bewährten, aber starren, bis ins Kleinste detaillierten Regelungen, die keinerlei Handlungsspielraum lassen. Daher haben die CDU- und FDP-Fraktionen einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der in 70 Punkten 13 niedersächsische Gesetze abändert, Fristen verkürzt und Verfahren beschleunigt. Mit dem Modellkommunengesetz sind wir auf dem richtigen Weg zu einer modernen, leistungsstarken, bürgerorientierten und transparenten Verwaltung, die auch als Dienstleister verstanden werden kann.